

Der Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in den deutschen Kommunen



Handlungsempfehlungen

Deutscher
Städtetag 



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Halbzeitbilanz


Deutsches Institut
für Urbanistik

| BertelsmannStiftung

Zwischenfazit der kommunalen Spitzenverbände zur Halbzeit der Umsetzung der Agenda 2030

Nachhaltigkeit hat sich zu einem der zentralen Handlungsprinzipien des 21. Jahrhunderts entwickelt: Bei Wirtschaftsvorhaben, in politischen Programmen oder bei der Planung von staatlichen wie privaten Projekten steht die Frage im Mittelpunkt, wie das Handeln ressourcenschonend und sozial gerecht gestaltet werden kann. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen bildet den globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Als Zukunftsvertrag für die Welt trägt sie allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichermaßen Rechnung – Soziales, Umwelt, Wirtschaft. Aus den Kernbotschaften Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft werden 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) abgeleitet. Diese Ziele wirken sich auf sämtliche Felder der kommunalen Politik aus.

Die deutschen Kommunen bekennen sich seit langem zu den internationalen Nachhaltigkeitszielen. Es geht darum, unsere Städte, Landkreise und Gemeinden auch für nachfolgende Generationen lebenswert zu halten. Der Klimawandel, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die Energie- und Klimakrise sowie die globalen Fluchtbewegungen zeigen das dringende Erfordernis, unsere Nachhaltigkeitsstrategien und Klimakonzepte weiterzuentwickeln.

Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele sollten in knapp sieben Jahren Wirklichkeit werden. Die kommunalen Spitzenverbände wollen deshalb im Verbund mit dem Deutschen Institut für Urbanistik und der Bertelsmann Stiftung zur Halbzeit ihrer Umsetzung ein Zwischenfazit ziehen.

Den Kommunen kommt eine grundlegende Verantwortung zu

Bei der Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele kommt den Kommunen eine grundlegende Verantwortung zu. So werden Kommunen in Ziel 11 konkret adressiert. Gleichzeitig kann allerdings auch die Mehrzahl der anderen Nachhaltigkeitsziele nur durch die Kommunen und ihr Engagement auf lokaler Ebene erreicht werden. Unter Berücksichtigung der 169 Unterziele sind rund 65 Prozent der Nachhaltigkeitsziele nur unter Beteiligung kommunaler Akteurinnen und Akteure zu erreichen.

Kommunen engagieren sich auf vielfältige Art und Weise für nachhaltige Entwicklung. Das Engagement reicht von der Bildung, der Gesundheitsversorgung mit Krankenhäusern und Rettungsdiensten, bezahlbarem Wohnraum und sozialer Sicherung, Kinderbetreuung und Gleichstellung, generationengerechte Finanzen über den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung, die Grün- und Freiraumplanung und den Erhalt der biologischen Vielfalt, den Natur- und Umweltschutz, nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung und Mobilität bis hin zu nachhaltigem Bauen und Kreislaufwirtschaft.

Das Bewusstsein einer globalen Verantwortung ist in den Kommunen in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen. Ob die vielen Fortschritte ausreichen, um die Ziele bis 2030 umfassend zu erreichen, ist dennoch nicht gesichert. Übergreifende Nachhaltigkeitsstrategien, eine systematische Wirkungsmessung sowie eine Verankerung in den Haushalten werden hier in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag leisten.

Allein das Bemühen um Nachhaltigkeit wird dabei vielfach nicht hinreichend sein. Hinzutreten muss ein stärkeres Bewusstsein für die begrenzten natürlichen Ressourcen, für den Klimawandel und den drohenden Artenverlust sowie entsprechende Wechselwirkungen. Bund, Länder und Kommunen

müssen Rahmenbedingungen, Anreize und Impulse setzen für ein ressourcenschonendes Leben und den Erhalt der Lebensqualität.

Wir dürfen nicht nachlassen

Die Rahmenbedingungen sind für alle Ebenen eine enorme Herausforderung. Die Flächenneuanspruchnahme und der Ressourcenverbrauch und die dabei entstehenden Emissionen belasten die Umwelt, hohe Schulden gefährden die Fähigkeit zum sozialen Ausgleich und Zukunftsinvestitionen. Damit muss das Thema Kreislaufwirtschaft höchste Priorität für die (regionale und kommunale) Wirtschaftspolitik erhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt muss die forcierte Förderung des nachhaltigen Bauens und der Modernisierung im Bestand sowie die Nachverdichtung im Innenbereich statt Flächeninanspruchnahme im Außenbereich werden. Zugleich muss der Erhalt von Grün- und Freiflächen in den verdichteten Räumen noch stärker in den Fokus rücken. Wichtig ist dabei die Orientierung nicht primär an quantitativen, sondern an qualitativen Kriterien. Vielfältig nutzbare Grün- und Freiflächen im Innen- und Außenbereich sind für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Hitze- und Starkregenvorsorge), den Erhalt der Biodiversität (v.a. Biotopverbund) ebenso wie für die Lebensqualität in den Kommunen von hoher Bedeutung. Es braucht insofern einer Ausweitung hochwertiger Grün- und Freiflächen. Hierzu sollten planungsrechtliche Instrumente verstärkt eingesetzt werden. Hilfreich ist hierfür auch eine Fortschreibung der SDG-Unterziele sowie der zu ihrer Messung erforderlichen Indikatoren.

Ebenso werden die Fragen der globalen Gerechtigkeit immer drängender. Trotz positiver Entwicklungen muss das Engagement auf allen Ebenen und in allen Landesteilen gleichermaßen weiter ausgebaut werden, um tatsächlich zu gewährleisten, dass niemand zurückgelassen wird. Der demografische Wandel mit seinen komplexen Auswirkungen zwingt uns dazu, alle Potenziale, die in der Gesellschaft vorhanden sind, auf ihrem jeweiligen Niveau zu fördern. Dies betrifft vor allem die weitere Stärkung von Bildungsangeboten und wichtige Ausweitung der Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, Älteren sowie Menschen mit Handicap oder Migrationshintergrund.

Angesichts dieser großen Herausforderungen und der Kürze der verbleibenden Zeit besteht eine hohe Dringlichkeit, die Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene voranzutreiben. Dabei sollten Kommunen schon jetzt in die Gestaltung der Post-Agenda 2030 einbezogen werden. Die Halbzeitbilanz skizziert zentrale Punkte für eine erfolgreiche nationale Umsetzung der SDGs aus kommunaler Sicht:

1. Viel geschieht im Verborgenen

In den Kommunen wird bereits eine Vielzahl von Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern umgesetzt, die zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen. So gehören beispielsweise die frühkindliche Bildung, soziale Leistungen oder eine funktionierende Wasserversorgung bereits zu den grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge der Städte, Landkreise und Gemeinden. Nicht immer werden diese Maßnahmen explizit im Kontext der SDGs oder als Nachhaltigkeitsaktivitäten verortet. Kommunalrelevante Ziele sollten im Fortschreibungsprozess der Agenda 2030 stärker Berücksichtigung finden.

2. Kommunen bei der Entwicklung von Strategien stärker einbeziehen

Ebenso wichtig ist es, dass Bund und Länder die Leistungen der Kommunen zum Erreichen der 2030-Agenda-Ziele anerkennen und die Kommunen dabei unterstützen. Bund und Länder müssen die Kommunen bei der Entwicklung von Strategien auf Augenhöhe einbeziehen und die Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien berücksichtigen. Dabei sollten kommunale Handlungsnotwendigkeiten durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und den Ländern stärker flankiert werden.

3. Nachhaltige Entwicklung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Nachhaltige Entwicklung vor Ort stellt eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft in den Kommunen dar. Deshalb ist nicht nur die übergreifende Zusammenarbeit in der Kommune, sondern auch die Einbeziehung und gemeinsames Handeln mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft und die Unterstützung privater Initiativen wichtig.

4. Nachhaltigkeitsaktivitäten strategisch steuern und evaluieren

Eine strategische Herangehensweise an eine nachhaltige kommunale Entwicklung ist von hoher Bedeutung, Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema. Ein übergreifender strategischer und integrierter Koordinierungsansatz, der die Zusammenarbeit in der Kommune fördert und Synergien hebt, ist wichtig. Dies gilt gerade angesichts aufkommender Zielkonflikte ebenso wie der Nutzung von Synergien. Wichtig ist eine systematische Wirkungsmessung der Aktivitäten, die in die Planung neuer Maßnahmen einfließt. Erforderlich ist Messbarkeit, das Setzen von Zielwerten und ein nachvollziehbares Monitoring, wirklich nachhaltig zu produzieren, zu nutzen oder zu konsumieren.

5. Instrumente für das Nachhaltigkeitsmanagement anwenden

Kommunen können für ihr Nachhaltigkeitsmanagement auf bestehende Instrumente zurückgreifen. Es bestehen vielfältige Handlungshilfen im Hinblick auf die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien, -berichten und das Aufstellen von Nachhaltigkeitshaushalten. Wichtig für ein funktionierendes Monitoring sind qualitativ hochwertige, leicht verständliche und verfügbare Datengrundlagen. Die statistischen Ämter auf allen Ebenen müssen gestärkt und digitale Verfahren zum Austausch zwischen der kommunalen und staatlichen Ebene verbessert werden.

6. Wissens- und Erfahrungsaustausch fördern

Kommunen sind individuellen Voraussetzungen und Herausforderungen ausgesetzt. Diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen sind bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsaktivitäten zu berücksichtigen. Dennoch können Kommunen auf bestehenden Erfahrungen aufbauen. Beispiele guter Praxis bieten Orientierung für die Umsetzung in anderen Kommunen. Dem Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen ebenso wie mit der Wissenschaft und weiteren Akteurinnen und Akteuren kommt daher eine hohe Bedeutung zu. Auch übergreifende Beratungsangebote von Bund und Ländern sind eine wichtige Unterstützung für die lokale Umsetzung. Ebenso können datengestützte Prognosemodelle dazu beitragen, die Wirkung von Maßnahmen auf die Nachhaltigkeitsziele abzuschätzen und diese zu erreichen.

7. Kommunale Nachhaltigkeitsaktivitäten international sichtbar machen

Der kommunalen Berichterstattung kommt bei der Förderung von Nachhaltigkeitsaspekten in der kommunalen Entwicklung eine entscheidende Rolle zu. Dem tragen auch die Vereinten Nationen Rechnung und bieten Kommunen die Möglichkeit, im Rahmen von sogenannten „Voluntary Local Reviews“ freiwillig und international über ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten zu berichten. Die SDGs und das Messen der Entwicklungen durch Indikatoren stellen einen wesentlichen Handlungsrahmen für deutsche Kommunen dar. Im Zusammenwirken der kommunalen Spitzenverbände, des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, des Deutschen Instituts für Urbanistik, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, des Europasekretariats von ICLEI, der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement und der Bertelsmann Stiftung ist ein Set an Nachhaltigkeitsindikatoren (SDG-Indikatoren) entstanden. Diese haben sich in der Anwendung im Wesentlichen bewährt und sind in ein Portal eingeflossen.

8. Förderprozesse vereinfachen und langfristige Finanzierung sicherstellen

Bund und Länder haben vielfältige und kleinteilige Förderprogramme aufgelegt, mit denen verschiedene kommunale Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung adressiert werden. Einrichtungen, wie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global, unterstützen die Umsetzung von kommunalen Vorhaben durch Projekte und Dialogformate. Im Sinne einer Verstärkung des Nachhaltigkeitsengagements ist für die Kommunen die Sicherung einer langfristigen Förderung und Finanzierung von zentraler Bedeutung. Hier wäre eine Zusammenführung sinnvoll, um die Antragsprozesse für Kommunen zu vereinfachen. Eine Möglichkeit hierfür sind Budgets, deren Einsatz an die Wirksamkeit von Maßnahmen geknüpft ist.

9. Internationale Verantwortung leben

Kommunen ergreifen eine Vielzahl an Maßnahmen für die Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene. Gleichzeitig sind sie sich bewusst, dass lokales Handeln und Engagement für eine nachhaltige Entwicklung nicht an ihrer Grenze Halt machen, sondern im globalen Kontext gedacht werden müssen. So haben inzwischen mehr als 200 deutsche Kommunen die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Rates der Gemeinden und Regionen Europas unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung der Musterresolution haben Kommunen auch ihre Bereitschaft bekräftigt, globale Partnerschaften zu vertiefen. Darüber hinaus machen zahlreiche Kommunen ihre Nachhaltigkeitsstrategien im Rahmen von Voluntary Local Reviews gegenüber den Vereinten Nationen sichtbar. Beispiele für internationales Engagement der Kommunen sind zudem Klimapartnerschaften mit Kommunen aus dem globalen Süden oder die Zusammenarbeit in Netzwerken wie dem Klima-Bündnis. Kommunen sind aber nicht nur Umsetzungsebene internationaler Nachhaltigkeitsziele. Sie sind auch Entscheider und Gestalter und benötigen einen Platz am Verhandlungstisch der Vereinten Nationen.

10. Fortschreibung schon jetzt beginnen

Nachhaltiges Handeln hat kein Enddatum. Der Bund muss sich bereits heute für einen Folgeprozess auf internationaler Ebene einsetzen sowie seine nationale Strategie vorantreiben. Dazu gehört auch, die kommunale Ebene weiterhin systematisch einzubinden in die „Voluntary National Reviews“ der Bundesregierung, die in fünfjährigen Abständen den Vereinten Nationen vorgelegt werden, so wie es 2021 erstmals der Fall war.